LZ-Rheinland

Artikel vom 06.08.2025 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 18:19 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/vorauszahlungen-bruessel-dafuer-bmleh-dagegen

Vorauszahlungen – Brüssel dafür, BMLEH dagegen



Foto: imago/Zoonar

Die EU-Kommission will Liquidität der Landwirte verbessern, Deutschland will erst im Dezember auszahlen

Die Europäische Kommission hat höhere Vorauszahlungen der Beihilfen aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zugelassen. Wie die Brüsseler Behörde bekannt gab, soll so die finanzielle Liquidität der Landwirte verbessert werden. Ob die Vorschläge aus Brüssel umgesetzt werden, liegt im Ermessen der Mitgliedstaaten.

Der Durchführungsverordnung zufolge sollen die Landwirte ab dem 16. Oktober bis zu 70 % ihrer Direktzahlungen im Voraus erhalten. Derzeitig liegt der Anteil regulär bei 50 %. Ebenso können die Vorauszahlungen für flächen- und tierbezogene Interventionen im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums von den üblichen 75 auf bis zu 85 % erhöht werden.

Brüssel begründet diesen Schritt mit den aktuellen Liquiditätsproblemen der Bauern. Die Gründe hierfür sieht die Kommission unter anderem in extremen Wetterereignissen und zunehmenden Handelskonflikten. Um ein wirtschaftliches Sicherheitsnetz für die

Landwirte in der EU bereitzustellen, habe eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten diesen Schritt beantragt.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMLEH) ist allerdings gegen höhere Vorauszahlungen. Wie eine Sprecherin des Berliner Agrarressorts auf Nachfrage des Pressedienstes Agra-Europe (AgE) erklärte, habe es sich bewährt, anstatt von Vorschüssen möglichst die komplette Zahlung Ende Dezember eines Jahres zu leisten.

AgE